

ANTRAG
auf Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Richtlinie zur Förderung
von Maßnahmen im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege

An die
Stiftung NaturSchutzFonds Brandenburg
Pöhlitzstraße 10
14477 Potsdam

Posteingangsstempel

1 Antragsteller

(Name/Bezeichnung)

(vertreten durch die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigte(n) Person(en))

(Anschrift - PLZ, Ort, Straße, Nr.)

Frau/Herr

Telefon-Nr.:

Fax-Nr.:

e-mail:

(Ansprechpartner)

Bankverbindung:

Kreditinstitut:

Bankleitzahl:

Kontonummer:

2 Maßnahme

(Bezeichnung der Maßnahme)

(Standort der Maßnahme: Landkreis, Gemeinde/Ortsteil, Gemarkung/Flur/ Flurstück)

(Durchführungszeitraum)

NaturSchutzFonds Brandenburg — Stiftung öffentlichen Rechts

H.-Mann-Allee 18/19
D – 14473 Potsdam

Telefon (0331) 971 64 - 700
Telefax (0331) 971 64 - 770

email presse@naturschutzfonds.de
www.naturschutzfonds.de

Geschäftsführer: Dr. Bernhard Schmidt-Ruhe
Stiftungsratsvorsitzende: Anita Tack

3 Gesamtkosten

3.1 Kosten nach beiliegendem Kostenvoranschlag	€	100% ¹
3.2 zuwendungsfähige Kosten/Ausgaben	€	... %
3.3 beantragte Zuwendung	€	... %

4 Finanzierungsplan

4.1 Eigenmittel	€	
- davon bare Eigenmittel (<u>nachweisliche</u> Darlegung)	€	
- davon unbare Eigenleistungen	€	
4.2 Leistungen Dritter ohne öffentliche Förderung (z.B. private Stiftungen) durch:	€	
4.3 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 4.4) z.B. Land, Arbeitsamt, EU durch:	€	
4.4 Beantragte Zuwendung	€	
4.5 Gesamtfinanzierung (4.1-4.4)	€	

5 Investitionsjahre

	Summe	20__	20__	20__	20__
Eigenmittel					
- dav. bare Eigenmittel					
- dav. unbare Eigenleistungen					
Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)					
Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung					
Beantragte Zuwendung					
Gesamtfinanzierung					

6 Darstellung des Projektes

6.1 Konzeption, Darstellung des Naturschutzeffektes

(Beschreibung des Projektes und der Maßnahmen, Darstellung der bestehenden Situation/der aktuellen Nutzungen, des Vorhabenszieles, der Zweckmäßigkeit, der langfristigen Sicherung der Maßnahmen, Angaben zu übergeordneten Planungen, zum zeitlichen/funktionalen Zusammenhang zu anderen Maßnahmen im Projektraum, zu Projektpartnern)

(auf gesondertem Blatt darstellen)

6.2. Kostenvoranschlag, Kostengliederung, Finanzierung

(detaillierte Kostenermittlung, detaillierter Finanzierungsplan mit Angaben zur Herkunft der Mittel, Nachweis der Gesamtfinanzierung, zeitlicher Ablaufplan für die Realisierung der Maßnahme)

(auf gesondertem Blatt darstellen)

¹ Grau unterlegte Spalten sind nicht vom Antragsteller auszufüllen

7 Begründung

7.1 Notwendigkeit der Maßnahme/evtl. Folgen bei Nichtdurchführung

(naturschutzfachliche Begründung)

(auf gesondertem Blatt darstellen)

7.2 Vergleich zu alternativen Möglichkeiten - Nutzen und Wirtschaftlichkeitsvergleich

(auf gesondertem Blatt darstellen)

8 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u.a. Darstellung der Folgekosten und deren Tragbarkeit für den Antragsteller)

(auf gesondertem Blatt darstellen)

9 beizufügende Anlagen (soweit zutreffend)

- a) bei Vereinen/Verbänden/Stiftungen als Antragsteller:
 - Satzung
 - Gemeinnützigkeitsnachweis
 - Registereintragung
 - Darstellung zur institutionellen oder sonstigen öffentlichen Förderung
- b) bei Unternehmen als Antragsteller:
 - Auszug aus Handelsregister
- c) bei Maßnahmen:
 - Eigentums- und Nutzungsrechtsnachweis über die Dauer der Zweckbindungsfrist
- d) bei Grunderwerb:
 - Eigentumsnachweis / Verkaufsangebot des Eigentümers
 - Stellungnahme des zuständigen Amtes für Landwirtschaft von Landkreis / kreisfreier Stadt
- e) fachliche Stellungnahme bzw. Gutachten zum Projektantrag:
 - durch die untere Naturschutzbehörde des örtlich zuständigen Landkreises / der örtlich zuständigen kreisfreien Stadt
 - bei Lage des Projektes in einem Großschutzgebiet des Landes Brandenburg durch die jeweilige Großschutzgebietsverwaltung
 - bei Bedarf durch eine geeignete wissenschaftliche Einrichtung (Universität, Fachhochschule o.ä.) / weitere Fachbehörden
 - zu Anträgen von Landkreisen / kreisfreien Städten ist die Stellungnahme der oberen Naturschutzbehörde einzureichen.
- f) Kartendarstellungen zum Projektstandort / zu den Maßnahmen:
 - Übersichtskarte
 - Maßnahmenkarte
 - Flurkarte
- g) Erforderliche behördliche Genehmigungen (z.B. Baugenehmigung, Plangenehmigung, Planfeststellungsbeschluss)

10 Erklärungen des Antragstellers

Der Antragsteller erklärt, dass

1. mit der zu fördernden Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Ihm ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich auch der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Liefer- oder Leistungsvertrages zu werten ist.
2. die zu fördernde Maßnahme nicht der Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht oder sonstigen Auflage seitens des Antragstellers oder Dritter dient.
3. **er zum Vorsteuerabzug**
 - nicht berechtigt ist (Preise inklusive Mehrwertsteuer).
 - berechtigt ist und dies auch bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt hat (Preise ohne Mehrwertsteuer).
4. die Angaben in diesem Antrag (einschl. Anlagen) vollständig und richtig sind und dass insbesondere alle mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen angegeben wurden.
5. die Gesamtfinanzierung der Maßnahme - unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung - gesichert ist.
6. ein ähnlich oder gleich lautender Antrag bei keiner anderen Institution gestellt wurde.
7. ihm bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches darstellt.
8. ihm weiterhin bekannt ist, dass **subventionserheblich** im Sinne dieser Vorschrift sind:
 1. alle Angaben dieses Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderungen beizubringenden Unterlagen hierzu sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und die noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind;
 2. alle Angaben zu den Mittelabrufen, vornehmlich zur gesicherten Gesamtfinanzierung und zur Bonität sowie zur zweckentsprechenden Verwendung der Subventionen;
 3. alle Angaben zu den Verwendungsnachweisen, insbesondere die Tatsache des jeweils vollständigen und rechtzeitigen Nachweises der zweckentsprechenden Mittelverwendung;
 4. alle Anhaltspunkte und Tatsachen, die die teilweise oder vollständige Erreichung des Zuwendungszweckes gefährden oder unmöglich machen;
 Deshalb erklärt der Antragsteller, dass er auch **nach Antragstellung** und **nach Gewährung der Zuwendung** mitteilt, wenn
 - sich der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgeblich Umstände ändern oder wegfallen,
 - sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Verwendungszweck nicht oder nicht mit der bewilligten Zuwendung zu erreichen ist, vornehmlich, wenn sich die Investitionskosten erhöhen oder die Finanzierungsbedingungen ändern,
 - zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr dem Verwendungszweck verwendet oder benötigt werden.

9. ihm bekannt ist, dass er gemäß § 3 Subventionsgesetz gegenüber der Bewilligungsbehörde unverzüglich sämtliche eintretende Änderungen zu den vorstehend bezeichneten Tatsachen bzw. das Eintreten dieser Tatsachen mitzuteilen hat und ihm bekannt ist, dass daher auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen subventionserheblich ist.
10. er bei der Vergabe von Aufträgen die Vorschriften der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und Bauleistungen (VOB) beachten wird.

11 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg alle persönlichen und sachlichen Daten, die in meinem/unserem Antrag nebst Anlagen enthalten sind, im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur statistischen Auswertung elektronisch verarbeitet. Die Stiftung Naturschutzfonds Brandenburg ist berechtigt, diese Daten an alle Stellen zu übermitteln, die an der beantragten Förderung beteiligt sind. Ich/Wir sind darauf hingewiesen worden, dass ich/wir die Möglichkeit habe(n) die Einwilligung zu verweigern oder jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, mit der Folge, dass eine weitere Antragsbearbeitung dann nicht möglich ist.

Ort, Datum

Unterschrift(en) der nach den gesetzlichen Bestimmungen/Statuten des Antragstellers zur Vertretung berechtigten Person(en)

Siegel, Stempel

Unterschreiber in Druckbuchstaben